



II-1019 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bundesminister für Verkehr

Pr.Zl. 5.901/6-I/1-1972

418 / A.B.

zu 405/J.
Präs. am 26. Juni 1972

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abgeordneten
zum Nationalrat Sandmeier und Genossen, Nr.405/J
vom 26.April 1972: "1.Budgetüberschreitungsgesetz".

Ihre Anfrage beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1)

Im Zusammenhang mit dem 1.Budgetüberschreitungsgesetz
wurden folgende Beträge mit den nachstehend angeführten
Schreiben beim Bundesministerium für Finanzen beantragt:

- | | | | |
|-------------------------|--------------------------------|-------------|--|
| 1. BM.f.V.
Sektion I | 9019/1-I/10-72
v.15.2.1972 | S 560.000,- | 1/65118
"Allgemeiner
Verkehr, Auf-
wandskredite" |
| 2. -"- | -"- | 4,000.000,- | 1/65246
"Allg.Verkehr,
Förderungs-
ausgaben" |
| 3. -"- | 25.802/1-I/5-72
v.20.3.1972 | 440.000,- | 1/65408
"Amt f.Schifffahrt
einschließlich
Dienststellen
der Schifffahrts-
polizei;Aufwands-
kredite" |

- 2 -

4.	BM.f.V. Sekt.II	EB 2002/186- II/1-1972 v.14.3.1972	S 13,533.000,-	1/65264 "Förderungsausgaben (gesetzl.Verpflich- tungen)"
5.	BM.f.V. GD.f.d. Post- u. Telegra- phenverw.	15.712-3/1972 v. 17.3.1972	500.000,-	1/65295 "Bezugsvorschüsse"
6.	-"	-"	200,277.000,-	1/78303 "Fernmeldeanlagen"
7.	-"	-"	40,320.000,-	1/78313 "Sonstige Anlagen"
8.	-"	-"	55,416.000,-	1/78358 "Aufwandskredite"
9.	Gen.Dion d.ÖBB	23.172-7-72 v.22.2.1972	19,800.000,-	1/79313 "Sachaufwand Anlagen"
10.	-"	23.172-9-72 v.22.3.1972	100,000.000,-	5/79803 "Elektrifizierung Fahrpark u.sonstige Investitionen"

Zu Frage 2)

Für die Überschreitungsanträge waren folgende Gründe maßgebend:

Zu Frage 1) Pkt.1

In der Zeit vom 4.bis 9.XI.1972 wird in Wien der Jahreskongreß der Association of British travel agents (ABTA) stattfinden. Von den Gesamtkosten dieses Kongresses wird das Bundesministerium für Verkehr anteilmäßig S 560.000,- übernehmen. Da dieser Betrag aus dem im Jahre 1972 für laufende Ausgaben beim Ansatz 1/65118 vorgesehenen Kredit (2,980 Mio S) nicht bedeckt werden kann, mußte die Zuweisung zusätzlicher Mittel beantragt werden.

-3

- 3 -

Zu Frage 1) Pkt.2

Die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der Österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft setzt unter anderem auch den laufenden Ausbau der Seilbahn- und Liftanlagen voraus. Es liegt somit ein gesamtwirtschaftliches Interesse vor, diese Anlagen, soweit es den Unternehmen an entsprechenden Eigenmitteln mangelt, durch zinsgünstige Kredite zu fördern. Da jedoch ausreichende ERP-Kredite nicht zur Verfügung stehen, führt das Bundesministerium für Verkehr schon seit längerem Zinsenzuschußaktionen für die Verbilligung von sonstigen Krediten durch. Um die im Interesse des Fremdenverkehrs notwendigen Projekte verwirklichen zu können, hat sich für das Jahr 1972 ein Mehrbedarf von 2 Millionen Schilling für die Gewährung derartiger Zinsenzuschüsse ergeben.

Der außerordentliche Schneemangel im Winter 1971/72 hat überdies bei einer großen Anzahl von Seilbahn- u. Liftunternehmen beträchtliche Einnahmenausfälle bewirkt. Um finanziellen Schwierigkeiten vorzubeugen, soll eine besondere Zinsenzuschußaktion den einzelnen Unternehmen die Erfüllung bestehender Verbindlichkeiten ermöglichen. Für diesen Zweck sind gleichfalls 2 Mio S erforderlich, sodaß insgesamt beim Ansatz 1/65246 ein Zusatzkredit in Höhe von 4 Mio S beantragt wurde.

Zu Frage 1) Pkt.3

Die Verwaltung der den Interessen der Schifffahrt dienenden Liegenschaften und Objekte des Bundes wurde mit Wirkung vom 1. Jänner 1972 vom Bundesstrombauamt an das Amt für Schifffahrt rückübertragen. Da die Beschlussfassung hierüber erst nach Erstellung des Bundesvoranschlages 1972 erfolgte, konnte für die erforderlichen Instandhaltungskosten keine Vorsorge bei Kapitel 65

- 4 -

getroffen werden. Zur Durchführung der dringendsten Arbeiten ist daher die Bereitstellung eines Zusatzkredites von S 440.000,- erforderlich. Dieser Zusatzkredit wird zum Teil durch Einsparungen beim Ansatz 1/64418 "Wasserbauten, Aufwandskredite" bedeckt.

Zu Frage 1) Pkt.4

Gemäß § 2 des Privatbahnunterstützungsgesetzes 1959, BGBl.Nr.268/1958, hat der Bund nichtbundeseigenen Unternehmen, die Haupt- oder Nebenbahnen betreiben, den Einnahmenausfall, der sich aus den Unterschieden zwischen den in den Tarifen für den Schüler- und Berufsverkehr vorgesehenen ermäßigten Fahrpreisen einerseits und den ermäßigten Fahrpreisen, die jedermann in Anspruch nehmen kann, andererseits ergibt, nach gewissen Kriterien zu vergüten. Da seit der Einführung der Schülerfreifahrt mit 1.September 1971 eine sehr starke Frequenzzunahme aufgetreten ist und weiters durch die ab 1.März 1972 eingetretene Tarifierhöhung die Spanne zwischen den eingeräumten Sozialtarifen und den jedermann zugänglichen ermäßigten Tarifen eine Vergrößerung erfahren hat, werden die Ansprüche der privaten Schienenbahnen auf Sozialtarifentschädigung aller Voraussicht nach in dem im Antrag um Krediterhöhung enthaltenen Ausmaß von 13,533.000,- Schilling steigen. Da dieser Betrag beim Budgetansatz 1/65264 nicht verfügbar war, mußte der genannte Antrag eingebracht werden.

Zu Frage 1) Pkt. 5

Die im Bundesvoranschlag 1972 beim Ansatz 1/65295 "Bezugsvorschüsse" Post 2600 100, Generaldirektion f.d. Post- und Telegraphenverwaltung, vorgesehenen Kredite reichen nicht aus, um die vorliegenden Ansuchen um

- 5 -

Gewährung von Bezugsvorschüssen positiv erledigen zu können. Da diese Ansuchen durchwegs berücksichtigungswürdig sind, wurde ein entsprechender Krediterhöhungsantrag gestellt.

Zu Frage 1) Pkt.6

Zum Ansatz 1/78303 wurde insgesamt eine Krediterhöhung um 200,277 Mio S beantragt. Von diesem Betrag entfallen 145,634 Mio S auf ein Mehrererfordernis, welches durch eine Änderung der Rechtsansicht des Rechnungshofes bzw. des Bundesministeriums für Finanzen betreffend die Sonderfinanzierung von Fernsprechinvestitionen verursacht wurde. Auf Grund dieser neuen Rechtsansicht sind auch im Jahre 1972 diese zusätzlichen Fernsprechinvestitionen haushaltsmäßig zu verrechnen. Ein Betrag von 3 Mio S wird auf Grund eines Ersuchens des Bundesministeriums für Finanzen für den Ausbau des Datenvermittlungsnetzes aufgewendet. 51,643 Mio S sind ein Mehrererfordernis, welches dadurch entstand, daß auf Grund des Fortschrittes beim U-Bahn-Bau bereits umfangreiche Aufträge für Kabelumlegungen im Bereich der zukünftigen U-Bahn-Trasse erteilt werden müssen.

Zu Frage 1) Pkt.7

Von dem beim Ansatz 1/78313 entstandenen Kreditmehrerfordernis von insgesamt 40,320 Mio S müssen 39 Mio S für die Beschaffung von 42 zusätzlichen Großraumomnibussen zur Bewältigung der insbesondere im Zusammenhang mit der Einführung der Schülerfreifahrt gestiegenen Frequenz des Postautoverkehrs aufgewendet werden. Ein Betrag von 970.000,- S ergibt sich auf Grund von Preiserhöhungen bei den im Rahmen des langfristigen Beschaffungsprogrammes bestellten

-6

- 6 -

Bahnpostwagen. 350.000,- S sollen für die Beschaffung von 70 fahrbaren Post^{fach}anlagen im Zusammenhang mit der Einführung der 5-Tage-Woche im Postdienst aufgewendet werden.

Zu Frage 1) Pkt.8

Auf Grund eines anlässlich der Beratung des Bundesfinanzgesetzes 1972 im Finanz- und Budgetausschuß des Nationalrates angenommenen Entschließungsantrages mußte folgende Umstellung im Bundesvoranschlag vorgenommen werden:

Die Ausgaben beim Ansatz 1/78373 "Anlagen nach Maßgabe zweckgebundener Fernspreckgebühren" wurden entsprechend der Veranschlagung der Einnahmen beim Ansatz 2/78430 "Zweckgebundene Gebühren/Fernsprecher" und dem Wortlaut des Fernspreckbetriebs-Investitionsgesetzes um 22,380 Mio S erhöht. Die beim Ansatz 1/78358 "Aufwandskredite" bei der Post 7292 070 "Vergütungen gemäß § 32 Bundeshaushalts-Verordnung (Staatsdruckerei)" veranschlagten Ausgaben wurden um den gleichen Betrag gekürzt, um arbeitsaufwendige betragsmäßige Veränderungen im Gesamtvoranschlag zu vermeiden. Auf Grund dieser Kürzung besteht somit ein entsprechendes Krediterfordernis.

Darüber hinaus liegt ein Mehrbedarf für Vergütungen an die Österreichische Staatsdruckerei in der Höhe von 19,500 Mio S und für Druckwerke für Betriebszwecke in der Höhe von 4 Mio S vor. Die letztgenannten Mehrerfordernisse ergeben sich auf Grund der von der Paritätischen Kommission mit Liste 6/71 und Liste 1/72 genehmigten Papierpreiserhöhungen sowie aus den Lohnerhöhungen im graphischen Gewerbe und auf Grund der Auflagenenerhöhung und Erweiterung des Umfanges der amtlichen Telephonbücher.

Bei der Post 6000 "Energiebezüge" ist auf Grund von Preiserhöhungen seitens der Wärmelieferungsunternehmen (Fernheizwerke) sowie auf Grund des infolge der Betriebsausweitung im Fernmeldesektor erhöhten Stromverbrauches ein Mehrerfordernis von 6 Mio S entstanden.

-7

- 7 -

Die Briefmarkenversandstelle wäre in der Lage, neue Auslandsabonnenten aufzunehmen. Die jährlichen Einnahmen würden hierbei pro Abonnenten ca. 500 S betragen. Für die in Rede stehende Erweiterung des Abonnementdienstes wäre jedoch eine verstärkte Werbung unerlässlich. Die hierfür erforderlichen Mehrausgaben würden rd. 0,500 Mio S betragen.

Ein Betrag von insgesamt 3,036.000,- S ergibt sich als Mehrerfordernis für Aufwendungen bei der Ausweitung der Postbeförderung durch die Betreuung neuer Siedlungsgebiete an den Stadträndern, für die Erhöhung der Fuhrlohne per 1.VI.1971 der privaten Fuhrunternehmen sowie für die Bedeckung von Kassenabgängen und Schadensvergütungen.

Beim Ansatz 1/78358 liegt somit ein Kreditmehrerfordernis von insgesamt 55,416.000,- S vor.

Zu Frage 1) Pkt.9

Die beantragte Krediterhöhung beim Ansatz 1/79313 um 19,8 Mio S soll für die Anschaffung von 22 Großraum-bussen dienen. Diese Ausweitung des Omnibusparkes erfolgt auf Grund der Frequenzsteigerung des Kraftwagendienstes, insbesondere im Zusammenhang mit der Einführung der Schülerfreifahrt.

Zu Frage 1) Pkt.10

Das Mehrerfordernis beim Ansatz 5/79803 resultiert daraus, daß nach Bedeckung der dringendsten Vorhaben auf dem allgemeinen Investitionssektor für das Elektrifizierungsprogramm nur 200 Mio S verblieben sind. Um die Elektrifizierungsvorhaben zügig weiterführen zu können, mußte eine entsprechende Krediterhöhung beantragt werden.

-8

Zu Frage 3)

- A) Vom Bundesminister für Finanzen wurden folgende Kreditüberschreitungsanträge in den Entwurf aufgenommen:
- 1/ Die unter laufender Nummer 1. bis 3. der Anfrage 1) genannten Anträge des Bundesministeriums für Verkehr Sektion I
 - 2/ Von dem unter laufender Nummer 4. der Anfrage 1) enthaltenen Antrag der Sektion II ein Teilbetrag von 6,533 Mio S zur teilweisen Abgeltung der Sozialtarifentschädigung an die privaten Schienenbahnen
 - 3/ Von dem unter laufender Nummer 5. der Anfrage 1) enthaltenen Antrag der Gen.Dion.f.d.Post- und Telegraphenverwaltung ein Betrag von 500.000,- S beim Ansatz 1/65295 "Bezugsvorschüsse" und
 - 4/ Von dem unter laufender Nummer 6. der Anfrage 1) enthaltenen Antrag der Gen.Dion.f.d.PuTV ein Teilbetrag von 3 Mio S beim Ansatz 1/78303 "Fernmeldeanlagen" für den Ausbau des Datenvermittlungsnetzes
 - 5/ Von dem unter laufender Nummer 7. der Anfrage 1) enthaltenen Antrag der Gen.Dion.f.d.PuTV ein Teilbetrag von 19 Mio S für die Beschaffung von Großraumomnibussen
 - 6/ Von dem unter laufender Nummer 8. der Anfrage 1) enthaltenen Antrag der Gen.Dion.f.d.PuTV ein Teilbetrag von 22,380 Mio S zum Ausgleich der seinerzeit im Finanz- und Budgetausschuß erfolgten Kürzung der Aufwandskredite.
 - 7/ Von dem unter laufender Nummer 9. der Anfrage 1) enthaltenen Antrag der Gen.Dion.der Österreichischen Bundesbahnen ein Teilbetrag von 9,8 Mio S für die Beschaffung von Großraumomnibussen.

- 9 -

B) In den Entwurf eines 1. Budgetüberschreitungsgesetzes wurden vom Bundesminister für Finanzen folgende Kreditüberschreitungsanträge nicht aufgenommen:

- 1/ Von dem unter laufender Nummer 4. der Anfrage 1) enthaltenen Antrag der Sektion II ein Teilbetrag von 7 Mio S.
- 2/ Von dem unter laufender Nummer 6. der Anfrage 1) enthaltenen Antrag der Gen.Dion.f.d.Post- und Telegraphenverwaltung für den Ansatz 1/78303 "Fernmeldeanlagen" ein Teilbetrag von insgesamt 197,277 Mio S.
- 3/ Von dem unter laufender Nummer 7. der Anfrage 1) enthaltenen Antrag der Gen.Dion.f.d.PuTV für den Ansatz 1/78313 "Sonstige Anlagen" ein Teilbetrag von insgesamt 21,320 Mio S.
- 4/ Von dem unter laufender Nummer 8. der Anfrage 1) enthaltenen Antrag der Gen.Dion.f.d.PuTV für den Ansatz 1/78358 "Aufwandskredite" ein Teilbetrag von insgesamt 33,036 Mio S.
- 5/ Von dem unter laufender Nummer 9. der Anfrage 1) enthaltenen Antrag der Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen beim Ansatz 1/79313 "Sachaufwand-Anlagen" ein Teilbetrag von 10 Mio S.
- 6/ Der unter laufender Nummer 10. der Anfrage 1) angeführte Antrag der Gen.Dion.d.Österreichischen Bundesbahnen.

-10

- 10 -

Zu Frage 4)

In bezug auf die in den Entwurf nicht aufgenommenen Anträge ist festzuhalten:

Die Nichtaufnahme der zu Anfrage 3) unter lit.B) genannten Anträge erfolgte mit der Begründung, daß für diese Erhöhung der Ausgabenkredite keine Bedeckung gefunden werden konnte.

Die Aufnahme der nachstehenden Anträge

- 1/ Erhöhung des Ausgabenkredites bei 1/65264 "Förderungsausgaben (gesetzliche Verpflichtungen)" um den Restbetrag von 7 Mio S (Antrag der Sektion II, Anfrage 1) lfd.Nr.4)
- 2/ Erhöhung des Ausgabenkredites bei 1/78303 "Fernmeldeanlagen" um den Teilbetrag von 145,634 Mio S zur Bedeckung des infolge der Umstellung der Sonderfinanzierung entstandenen Mehrerfordernisses (Antrag der GenDion f.d.PuTV, Anfrage 1) lfd.Nr.6)
- 3/ Erhöhung des Ausgabenkredites bei 1/78313 "Sonstige Anlagen" um den Teilbetrag von 20 Mio S für die Beschaffung von Großraumomnibussen (Antrag der GD f.d.PuTV, Anfrage 1) lfd.Nr.7)
- 4/ Erhöhung des Ausgabenkredites bei 1/79313 "Sachaufwand Anlagen" um den Restbetrag von 10 Mio S für die Beschaffung von Großraumomnibussen (Antrag der GD d.Österreichischen Bundesbahnen, Anfrage 1) lfd.Nr.9)

im Rahmen der zu erwartenden Einnahmen in den Entwurf eines 2. Budgetüberschreitungsgesetzes wurde hiebei vom Bundesministerium für Finanzen zugesagt.

-11

- 11 -

Bezüglich der noch offen gebliebenen Anträge

- 1/ Erhöhung des Ausgabenkredites bei 1/78303 "Fernmeldeanlagen" um den Teilbetrag von 51,643 Mio S zur Bedeckung von Mehrerfordernissen für Kabelumlegungen, insbesondere auf Grund des Fortschrittes beim U-Bahnbau (Antrag d.GenDion f.d.Post- und Tel.Verw. Anfrage 1) lfd.Nr.6)
- 2/ Erhöhung des Ausgabenkredites bei 1/78313 "Sonstige Anlagen" um den Teilbetrag von 1,320 Mio S für Mehrerfordernisse infolge von Preiserhöhungen bei der Beschaffung von Bahnpostwagen und zur Anschaffung von fahrbaren Postfachanlagen (Antrag der Gen.Dion f.d.PuTV, Anfrage 1) lfd.Nr.7)
- 3/ Erhöhung des Ausgabenkredites bei 1/78358 "Sachaufwand Anlagen" um den Teilbetrag von 33,036 Mio S für Mehrerfordernisse für Vergütungen an die Österreichische Staatsdruckerei, Druckwerke für Betriebszwecke, Energiebezüge, Verkehrswerbung, Postbeförderung, Schadensvergütungen u.dgl. (Antrag der Gen.Dion f.d. PuTV, Anfrage 1) lfd.Nr. 8)
- 4/ Erhöhung des Ausgabenkredites bei 5/79803 "Elektrifizierung, Fahrpark und sonstige Investitionen" um den Betrag von 100 Millionen S für die Weiterführung der Elektrifizierungsvorhaben (Antrag der Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen, Anfrage 1) lfd.Nr. 10)

bedarf die Finanzierung der entsprechenden Projekte noch zusätzlicher Verhandlungen. Hierbei wird auf die weitere Einnahmenentwicklung, und insbesondere auf die im Rahmen der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung notwendige Festlegung von Prioritäten, Bedacht zu nehmen sein.

-12

- 12 -

Bezüglich des unter lfd.Nr. 4/ (Seite 11) enthaltenen Antrages der Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen ist festzuhalten, daß das Bundesministerium für Finanzen zugesagt hat, diese Frage bereits im Zusammenhang mit der Erstellung des Entwurfes für ein 2. Budgetüberschreitungs-gesetz zu prüfen. Um jedoch inzwischen die Fortführung der Elektrifizierungsarbeiten zu ermöglichen, stimmte das Bundesministerium für Finanzen einer Vorbelastung des finanzgesetzlichen Ansatzes 5/79803 in Höhe von 100 Millionen Schilling für das Jahr 1973 zu.

Auf Grund der oben dargelegten Sachlage kann daher nicht von einer Zustimmung meinerseits zu "Streichungen" gesprochen werden.

Wien, am 19. Juni 1972

Der Bundesminister:

